

Landkreis soll zusammen mit den Kommunen agieren

Deutschlandweit explodieren Mieten und Grundstückspreise, so auch im Landkreis Aurich. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen von 120.000 auf unter 60.000 gesunken. Menschen mit geringem Einkommen, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende oder Arbeitslose finden immer häufiger keinen finanzierbaren Wohnraum. „Die Kommunen haben gerade jetzt ideale Möglichkeiten, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voranzubringen. Die Baufinanzierung für Kommunen ist günstig wie nie und es liegen Fördergelder in Land und Bund in großer Menge bereit, die bisher nicht vollständig abgerufen wurden“. Das ist das Fazit der Wohnungsbauexpertin und Kandidatin für den Bundestag, Landesliste Niedersachsen Platz 3, Christina-Johanne Schröder. Neben Angelika Albers (Kreistagsfraktion) und Regina Stegemann (Kreisverband) nahm auch Stefan Maas, regionaler Bundestagskandidat der GRÜNEN an der Veranstaltung teil.

Sie diskutierten mit Gästen im Europahaus über die Möglichkeiten, durch Leitlinien für soziales und ökologisches Bauen, sowie Sanierungs- und Milieuschutzsatzungen schon jetzt mehr Einfluss auf eine Wohnungspolitik zu nehmen. Nach Ansicht von Schröder wird am Bedarf vorbei und gegen den demografischen Wandel gebaut. Wohnpolitik müsse sich stärker an der Nachfrage orientieren. Dazu sei die Erstellung einer kommunalen Wohnbedarfsanalyse sinnvoll. Hinzu käme, dass der Bauboom durch die Niedrigzinspolitik die Baukosten und die Mieten in astronomische Höhen trieben. Das könne für Privatpersonen letztlich ins finanzielle Desaster führen. „Die Große Koalition hat Politik für Investoren und gegen Mieterinnen und Mieter gemacht. Mieten die 30 % des Haushaltseinkommens übersteigen, gelten als nicht mehr bezahlbar“, so Schröder. Aus Sicht der grünen Expertin seien die Kommunen und Landkreise daher aufgefordert, hier durch den kommunalen Wohnungsbau regulierend einzugreifen und vor allem bedarfsgerecht zu bauen und zu sanieren. Ein erster Schritt aus Schröders Sicht wäre es, öffentliches Eigentum nicht mehr zu verkaufen, sondern beispielsweise in Erbpacht abzugeben.

Seit mehreren Jahren versuchen die Kreisgrünen und ihre Kreistagsfraktion die Schaffung bezahlbaren sozialen Wohnraums voranzubringen.

„Es ist ja nicht so, dass der Landkreis mit der Gründung einer landkreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft oder –genossenschaft völliges Neuland betreten würde, sondern es gibt solche Gesellschaften bereits, auch in Niedersachsen. Dort wird seit vielen Jahren erfolgreich bezahlbarer Wohnraum geschaffen.“

Dies stellte Angelika Albers, Mitglied im Sozialausschuss des Landkreises klar.